

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Doetkotte,
geschätzte Vertreter der Stadtverwaltung,

schaut man in den Leitbildentwurf für Gronau und Epe, dann findet man bereits zu Beginn die folgende prägnante Fragestellung:

Wo möchten wir in Zukunft hin?

Und das ist doch liebe Kolleginnen und Kollegen die maßgebende Frage, welche wir uns alltäglich in unserem Handeln als Mitglieder des Rates der Stadt Gronau stellen sollten. Unabhängig von dem Anspruch an sich selbst die abschließende Antwort bereits vor Augen zu haben, unabhängig von dem Umfang und der Komplexität der Thematik und ebenso losgelöst von einer möglichen Sorge vor schweren und womöglich in Teilen auch nicht immer populären Entscheidungen.

Stellen wir uns jedes Mal die berechtigte Frage nach der Zukunftsvision für Gronau und Epe, so fokussieren wir uns in unserer Entscheidungsfindung auf die Leitmaxime eines visionären und strategisch-vorausschauenden Handelns im Hinblick auf die Entwicklungsziele unserer beiden Stadtteile. Wir müssen geleitet sein von dem Gedanken einer nachhaltig qualitätssteigernden Stadtentwicklung.

Betrachtet man die letzten Wochen und Monate der Gronauer Lokalpolitik, so entsteht jedoch der Eindruck, dass für viele Wählergruppen und Parteien hier vor Ort sich die Entscheidungsfindung nicht nach einem strategisch-konstruktiven Entwicklungsziel für die Kommune ausrichtet, sondern nach strategischen Spielchen zur kommenden Kommunalwahl. Zum Bedauern überlappen bzw. verdrängen bei vielen die wahlstrategischen Abwägungen die sachliche Entscheidungsfindung zum Wohle unserer Stadt. Besonders im Rahmen der zuletzt geführten Haushaltsdebatten entsteht der Eindruck, als hätten wir bereits morgen die Kommunalwahl.

Viel wichtiger sollte uns allen jedoch der konstruktive und bürgerfreundliche Umgang mit den gegenwärtigen haushalterischen Herausforderungen und die nachhaltige Ausrichtung des Haushalts als Basis für eine konkurrenzfähige Stadtentwicklung im interkommunalen Bereich sein.

Die bestehende Sachlage ist hier allen zu genüge bekannt. Neben nicht auf kommunaler Ebene lösbaren Haushaltsauswirkungen im Verantwortungsbereich der Landespolitik, stehen wir auch vor herausfordernden Aufwandsstrukturen auf kommunaler Entscheidungsebene.

Der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters versuchte diese Herausforderungen durch die unverhältnismäßige Verdoppelung der Grundsteuer und eine massive Erhöhung der Gewerbesteuer zu lösen.

Uns war ab dem Moment der Haushaltseinbringung sofort klar, die massiven Steuererhöhungspläne des CDU-Bürgermeisters sind in keinsten Weise für uns als

FDP-Fraktion tragbar. Wir haben die deutliche Erwartungshaltung an eine in das Spitzenamt der Stadt Gronau gewählte Person, dass bei bestehenden Haushaltsdefiziten nicht auf das vermeintlich einfache Mittel der Steuererhöhungen gesetzt wird, sondern bereits proaktiv vom Bürgermeister umfassende Einsparbemühungen auf der Ausgabenseite des Haushaltsentwurfs deutlich werden und entsprechende Einsparvorschläge der Politik auch vorgelegt werden. Diese sind leider nicht bzw. kaum zu erkennen gewesen.

Wir als FDP-Fraktion setzen uns mit vollster Kraft für einen bürgerfreundlichen Haushalt für Gronau und Epe ein. Das ein Bürgermeister der CDU das unliebsame und komplexe Feld der Ausgabenkürzungen jedoch gänzlich aus seinem originären Verantwortungsbereich in das politische Feld auslagert, deuten wir als Zeichen des Unwillens vor schweren aber wichtigen Entscheidungen. Wenn man vor Augen hat, dass man das kommunale All-Inclusive Paket nur mit Steuerverdoppelungen finanzieren kann, dann legt man dem Rat lieber eine solide und eigenständig erarbeitete Halbpension mit zukunftssträchtigen Schwerpunkten vor. Es kann kein Zukunftsmodell der lokalen Sparbemühungen sein, dass man die Einnahmenseite verwaltungsseitig erhöht und der Politik sagt: „Macht ihr mal, wenn es euch nicht passt.“ Zur Verwaltungsführung gehört auch die haushaltskonsolidierende Betrachtung der Ausgabenseite. Wenn man als Bürgermeister bei politischen Einsparvorschlägen bejahend mitstimmt, dann stellt sich mir persönlich die Frage, weshalb die Vorschläge nicht bereits vom Bürgermeister selbst vorab proaktiv kamen. Dies muss sich bessern. Wenn sie nicht bereit sind schwere Entscheidungen zu treffen, dann seien sie sich sicher, dass wir es sind.

Unabhängig hiervon darf jedoch auch das Politische Feld nicht unerwähnt bleiben.

Jede im Rat und in den Ausschüssen von den Parteien eingebrachte ernsthafte und verhältnismäßige Einsparbemühung ist lobenswert und im Sinne unserer finanziellen Situation zu begrüßen.

Jedoch muss man in Teilen feststellen, dass es bei den Wählergemeinschaften WEG und UWG am Ende des Tages bizarre und nachhaltig kommunalschädigende Züge angenommen hat. Wer als Einsparmaßnahme die Streichung von Waschbecken in Grundschulklassenzimmern in Erwägung zieht und die Zerschlagung des Jazzfestes in Gronau fordert, der hat längst den Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt verloren. Noch irrsinniger ist es jedoch, wenn sich gleichzeitig Mitglieder dieser Wählergruppen in den sozialen Medien selbst als Unterstützer des Jazzfestes Gronau darstellen. Also entweder sie halten selbst nichts von Ihren eigenen Anträgen oder Teile Ihrer Fraktionen lesen sich ihre eigenen Anträge nicht mal durch. Wer die volle Innenstadt, die gut besuchten Gastronomien und die Buchungslage der Hotellerie während des Jazzfestes vor Ort betrachtet hat, der kann ganz genau einschätzen, welchen immensen Schaden die Umsetzung Ihrer Ideen für unsere lokalen Unternehmer gehabt hätte.

Mindestens genauso traurig ist aber der Umgang der WEG und UWG mit Ihren im Jahre 2020 erhaltenen Wählerstimmen. Im Thekengespräch geben sie sich

bürgerlich, im Stadtrat agieren sich jedoch stramm links. Man nehme als Beispiel nur ihr Abstimmverhalten zur Seebrücke oder zur Chance. Wer WEG und UWG wählt, der bekommt grün-links im bürgerlichen Mäntelchen. Oder noch deutlicher, hoffnungsvolle und durch Versprechungen gelockte bürgerliche Stimmen aus Gronau und Epe sind durch sie liebe WEG und UWG in der links-grünen Hosentasche gelandet.

Und natürlich kann man in Bezug auf den Haushalt die Position der UWG und WEG annehmen, in einer Rasenmähermethode kopflos durch den Haushalt pflügen, unter anderem die Bereiche Sport und Schule massiv beschneiden wollen, jedoch eine große Kurve um den Sozialbereich fahren und bei jeder Sitzung erzählen, dass in Gronau und Epe der hiernach bestehende Status Quo zufriedenstellend sei. Wir als FDP sehen dies jedoch anders.

Die Belastungsminderung muss im Hinblick auf die kommenden Jahre im höchsten Maße im Fokus bleiben, jedoch müssen die Einsparbemühungen mit Sinn und Verstand erfolgen und immer zu Ihren möglicherweise negativen Auswirkungen auf das Leben für unsere Bürgerinnen und Bürger in Gronau und Epe und die Konkurrenzfähigkeit unserer Stadt genaustens abgewogen werden. Besonders die Bereiche Schule, Familie, Gewerbe, Sport und Freizeit müssen sich weiterhin positiv entwickeln und dürfen nicht Opfer der letzten unverhältnismäßigen und wirkungslosen Sparorgie werden. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität in Gronau und Epe muss nicht nur gehalten, sondern erhöht werden. Ausgehend davon wird es in den nächsten Jahren noch stärker darum gehen die vereinnahmten Mittel schwerpunktbezogen gezielt und effektiv zum Wohle unserer Stadt einzusetzen. Hierbei können die vorhandenen finanziellen Mittel der Kommune nicht die ewige Melkkuh eines linken Gießkannenprinzips sein. Die eingesetzten Mittel müssen Gronau und Epe noch attraktiver machen. Auch für Menschen unserer Stadt, welche durch ihren täglichen Fleiß und ihr Engagement erst dafür sorgen, dass wir überhaupt diese Mittel zur Verfügung haben.

Bei den Einsparbemühungen müssen wir uns für die kommenden Jahre allen Themen stellen und dürfen um den Sozialbereich keine Kurve fahren. Ausgehend von unserer Haushaltslage werden Einsparungen auch in diesem Bereich unumgänglich sein. Es kann nicht der Sinn einer Haushaltskonsolidierung sein, dass eine Mehrheit gegen FDP und CDU den Bereich am liebsten völlig unangetastet lassen würde. Besonders UWG und WEG haben mit ihrem Vorgehen der letzten Monate gezeigt, dass sie das Feld der bürgerlichen Parteien deutlich Richtung links verlassen haben und bei Ihren Einsparbemühungen den sozialen Bereich bewusst übersehen und hierbei die neuen Mehrheitsbeschaffer für Grüne und SPD darstellen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die städtische Tochtergesellschaft Chance. Eine Tochtergesellschaft, welche seit Jahren den kommunalen Haushalt in Millionenhöhe belastet und unter dem Aspekt der massiven Haushaltsbelastung und des immer größer werdenden Arbeitskräftemangels an Ihrer Sinnhaftigkeit als Institution zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Erwerbslose eindeutig verloren hat. Bei so

einer Gesellschaft ist es mehr als berechtigt die Daseinsfrage stellen zu dürfen. Zumal die Betätigungsfelder der Chance größtenteils auch von lokalen Unternehmen abgedeckt werden und wir demnach ohne triftigen Grund steuerfinanziert in den Markt eingreifen. Einen übergeordneten hoheitlichen Grund von herausragender Bedeutung für eine Fortführung dieser Betätigungsfelder sehen wir als Fraktion nicht. Demnach begrüßen wir es sehr, dass durch den Einsatz der FDP der Konsolidierungsgedanke bei der städtischen Tochtergesellschaft Chance kurz vor der Haushaltsverabschiedung noch durch die Reduzierung der Verlustübernahmen ab 2025 um jeweils weitere 50.000 € und insbesondere die kurzfristige kritische Betrachtung des Kaufhauses der Chance noch stärker intensiviert werden konnte. Sollte die Gesellschaft nicht im Stande sein mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln auszukommen, so sind wir nicht bereit, dieses Konstrukt künstlich am Leben zu erhalten.

Neben der Chance fordern wir perspektivisch aber auch eine kritische Betrachtung der städtischen Wohnbaugesellschaft WGG, welche seit dem Jahre 2017 unter hohen Kosten für den kommunalen Haushalt besteht und bisher nicht zur signifikanten Entlastung des Wohnungsmarktes beigetragen hat. Es ist kurzfristig zu hinterfragen, ob die kommunale Wohnbaugesellschaft WGG hinsichtlich Ihrer jährlichen Belastung des städtischen Haushalts und der bisherigen Projekte tatsächlich in dem bisherigen kostenintensiven Umfang das richtige Werkzeug zur Verbesserung der Wohnungsnot im Stadtgebiet sei. Wir sehen dies äußerst kritisch.

Auch die von uns bereits zu Beginn der Haushaltsberatungen kommunizierte und im Laufe der Beratungen beantragte Deckelung der kommunalen Ausgaben für das G-Mobil wurde erfreulicherweise mit einer Zuschussdeckelung in Höhe von jährlich 500.000 € haushalterisch berücksichtigt. Wir befürworten einen effizienten und bürgerfreundlichen ÖPNV und sind hinsichtlich der Umsetzungsform vollkommen ergebnisoffen. Man dürfe jedoch nicht den Anspruch an den ÖPNV haben, dass man hiermit jegliches Mobilitätsproblem in Gronau und Epe lösen könne. Eine rein ideologische uferlose Aufstockung der finanziellen Mittel hierfür ist in keinsten Weise hinnehmbar. Vielmehr müsse man die zur Verfügung stehenden Mittel in der breite für alle bedeutenden Verkehrsträger einsetzen.

In diesem Zuge darf es nicht ungesagt bleiben, dass wir unabhängig von einer endgültigen Wertung des Projekts die völlig plötzliche Streichung der Planung der Ortsumgehung Epe vor Beendigung der Beratungen und Auswertungen gegen die Stimmen der FDP und CDU als äußerst kritisch werten. Auf Jahrzehnte wird hierdurch womöglich die Verkehrsproblematik des Eper Ortskerns (Beispielsweise der Wilhelmstraße) und die perspektivische Baugebietsentwicklung und deren verkehrsentlastende Erschließung im Stadtteil Epe nachhaltig negativ beeinflusst werden. Wir als FDP hätten uns bei den anderen Parteien für den Stadtteil Epe mehr Weitsicht gewünscht.

Kommen wir jedoch wieder zur Zuschussdeckelung des ÖPNV zurück. Die im Zusammenhang mit der beschlossenen Zuschussdeckelung anvisierte und ebenfalls

durch uns geforderte und beantragte Reduzierung der Gewinnvollthesaurierung bei den Stadtwerken Gronau wird perspektivisch zu einem weiteren haushaltskonsolidierenden Faktor durch die Wiederaufnahme der Gewinnabführungen von Tochtergesellschaft an die Stadt Gronau führen. Wir wollen starke Stadtwerke in unserem kommunalen Gesamtkonzern, mittelbar steuerfinanzierte Gewinnvollthesaurierungen bei städtischen Tochtergesellschaften können jedoch keine nachhaltig bürgerfreundliche Lösung sein.

Neben den Einsparmaßnahmen auf der Ausgabenseite muss jedoch in diesem Zusammenhang der Verwaltungsspitze und der Gronauer Politik noch klarer werden, dass dies nicht unsere einzige Maßnahme der Haushaltskonsolidierung sein kann. Auch die Vermarktung und demnach Privatisierung bisher kommunalen Eigentums und insbesondere kurz- bis mittelfristig bebaubarer Flächen kann einen bedeutenden Beitrag zur Aufbesserung der Haushaltslage beitragen. Hierdurch schaffen wir nicht nur durch die Einnahme von Verkaufserlösen einen konsolidierenden Effekt, sondern können durch die Realisierung entsprechender Investorenprojekte auf diesen Arealen zu einer Steigerung der Wohn- Einkaufs- und Lebensqualität in Gronau und Epe beitragen. Demnach begrüßen wir es sehr, dass auf Antrag der FDP im Rahmen der Haushaltsberatungen der Delta-Parkplatz im Innenstadtbereich des Stadtteils Gronau einer Vermarktung auf dem Privatmarkt zugeführt wird und wir hierdurch ein neues zentrales Aufwertungspotenzial schaffen.

Neben der kritischen Betrachtung der Haushaltslage müssen wir jedoch auch weiterhin fokussiert im Hinblick auf die weitere Attraktivitätssteigerung von Gronau und Epe mit Sinn und Verstand hinarbeiten. Unter Betrachtung aller Einsparerefordernisse dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass wir als wachsende Kommune in Konkurrenz zu unseren Nachbargemeinden unsere Infrastruktur stärken und weiter aufwerten müssen.

Dabei freut es uns sehr, dass das unsererseits beantragte Aufwertungskonzept für den Tierpark Gronau vor kurzem vorgelegt und zur Umsetzung beschlossen wurde. Neben niederschweligen Maßnahmen wie dem bereits erfolgten Aufstellen von Saatgutautomaten wird durch die Initiative der FDP der Tierpark in vielfältigen Aspekten für die kommenden Jahre noch familienfreundlicher und sicherer werden.

Auch die durch die FDP beantragte und beschlossene Zurverfügungstellung von kommunalen Restflächen in Gronau und Epe zur Nutzung als Tiny Forest wird einen Beitrag zu einem Klima- und Umweltfreundlicheren Gronau und Epe beitragen.

Zumal liegt uns als FDP-Fraktion insbesondere die Sicherheit von Kindern besonders am Herzen. Demnach freut es uns sehr, dass durch Antrag der FDP das Projekt Notinsel endlich auch in Gronau und Epe gestartet ist. Durch die Schaffung von Anlaufpunkten für Kinder in Not wird der Sicherheitsaspekt in unserem Stadtgebiet für die jüngsten unserer Gesellschaft gesteigert werden.

Eines der bedeutendsten Ziele für die kommenden Jahre muss ebenso die Aufwertung und Belebung des Kurt-Schumacher-Platzes und des sog. Hertie Lochs

in der Gronauer Innenstadt sein. Die Planungen müssen unter dem Leitgedanken der höchsten Dringlichkeit weiterhin konsequent voranschreiten und dürfen nicht an einzelnen Befindlichkeiten scheitern. Hauptziel sollte es sein, dass man mit einem hochwertigen Angebot und einem durchdachten Nutzungsmix aus Medizin, Gastronomie, zukunftsfähigen Einzelhandel, Verwaltung, Dienstleistung und partiell Wohnen für eine qualitative Belebung des Areals sorgt und große Mehrwerte im Innenstadtbereich für alle Bürger unserer Stadt schafft. Die Entwicklung des Kurti und das Hertie-Loch dürfen nicht an den politischen Spielchen der Wählergemeinschaften scheitern. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass eine Mehrheit aus FDP, CDU, SPD und Grüne gemeinsam Verantwortung für das Areal übernimmt und sachlich-fokussiert parteiübergreifend an dessen Aufwertung arbeitet.

Zusammenfassend betrachtet bildet der Haushalt nach einigen intensiven aber auch erforderlichen Beratungsrunden eine eindeutigere Projektpriorisierung, eine realistischere Zinsbelastung und eine im Vergleich zum Ursprungsentwurf massiv reduzierte Steuerbelastung ab. In Anbetracht der insgesamt angeführten Punkte und der höchstdringlichen Entwicklungsschritte für unsere Stadt stimmen wir diesem Haushalt zu.

Vielen Dank

Sergej Kernebeck

Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Gronau